

Abfall und Abwasser werden teurer

Ratsmehrheit stimmt für Anpassung der Gebührensatzung / Oppositionsgruppe sieht Schmerzgrenze überschritten

VON KAI KOPPE

Cuxhaven. Während bei den Straßenreinigungsgebühren im kommenden Jahr alles beim Alten bleibt, müssen Haushalte und Gewerbebetriebe für Müllabfuhr sowie für Entwässerung tiefer in die Tasche greifen. Per Mehrheitsvotum hat der Rat der Stadt in den genannten Bereichen eine Erhöhung beschlossen - zum Unmut der Ratsgruppe CDU/„Die Demokraten“.

„Dafür haben wir wenig Verständnis“, erklärte Gruppensprecher Thiemo Röhler und bezog sich dabei zunächst auf Steigerungen im Bereich der Abfallwirtschaft: Bei der Festsetzung der künftigen Gebühren für die Rest- und Biomüllabfuhr habe es der Verwaltung aus seiner Sicht ein Stück weit am Einsparwillen gefehlt. „Wir werden einen Punkt erreichen, an dem Leute, die es nicht so dicke haben, das Ganze nicht mehr bezahlen können“, warnte der CDU-Ratsfraktionsvorsitzende, dessen Worte im Gremium allerdings auf Widerspruch stießen.

Dass die Abfallgebühren steigen, sei aufgrund des erhöhten Aufwands unabdingbar, gab der Vorsitzende des Ausschusses für Technische Dienste, Peter Altenburg („Die Cuxhavener“), zu bedenken. Er verwies unter anderem auf das Brennstoffemissionshandelsgesetz, über welches sich „drei Viertel dieser Erhöhung“ erklären ließen: Weil der Cuxhavener Hausmüll thermisch entsorgt (sprich: verbrannt) wird, müsse die Stadt Zertifikate kaufen. „Außerdem fahren auch unsere Müllwagen mit Sprit“, sagte Altenburg unter Verweis auf



Auf den Abrechnungen von Hauseigentümern und Gewerbetreibenden im Cuxhavener Stadtgebiet wird sich die für den kommenden Rechnungszeitraum vorgesehene Gebührensteigerung niederschlagen. Foto: dpa

die Teuerungsrate bei Treibstoff- und Energiepreisen. Gleichwohl bleibt die Kostensteigerung, die sich pro Kopf bei den Abfallgebühren ergeben wird aus seiner Sicht moderat: „Pro Kopf sind das 65 Cent im Monat.“

Ferlemann: „Verheerend für die Fischindustrie“

Dass im kommenden Jahr auch die Entwässerungsgebühren anziehen, hat nach den Worten des Ausschussvorsitzenden mit dem

Klimawandel und einer damit einhergehenden Zunahme von Starkregenereignissen zu tun. Nur folgerichtig sei es deshalb, die Sielbenutzungsgebühr und den Satz für die Abfuhr des Niederschlagswassers anzuheben.

„Das sind satte zwölf Prozent mehr“, kritisierte Enak Ferlemann (CDU), dem es nicht allein um die Mehrbelastung heimischer Haushalte, sondern auch um die Auswirkungen für einen ganz bestimmten Wirtschaftszweig ging: „Für unsere Fischindustrie ist dieser Beschluss verheerend“, betonte der Christdemokrat, der sich in der Sitzung dafür aussprach, eine Gebührenerhöhung (wenn überhaupt) über drei Jahre hinweg zu stückeln. Denn dass fischverarbeitende Betriebe aufgrund des Kostendrucks die Notbremse ziehen und Abwässer mittelfristig nicht mehr über das Klärwerk, sondern über eine eigene Anlage rei-

nigen lassen könnte, ist ein Szenario, dass sich Ferlemann im Interesse der Gebührenzahler nicht ausmalen möchte. Würden auf diesem Wege doch automatisch die Entwässerungspreise für den Normalverbraucher steigen.

Wegener: „Wird es schwierig, sind Sie nicht mehr dabei“

Zu Beginn der Sitzung (der letzten im alten Jahr) hatten sich Mehrheitskooperation aus SPD, Grünen und Wählergemeinschaft und die CDU/„Die Demokraten“-Gruppe noch in vorweihnachtlicher Harmonie geübt. Bei oben erwähntem Tagesordnungspunkt gewann der Gesprächsston dann doch noch an Schärfe.

„Langsam fangen Sie an, uns zu ärgern“, wandte sich der SPD-Ratsfraktionsvorsitzende Gunnar Wegener an die auf der anderen Seite des Mittelgangs sit-

zenden Ratskolleginnen und Kollegen.

Wegener hielt der Oppositionsgruppe vor, bei den vorhergehenden Beratungen in den Fachausschüssen keine Bedenken artikuliert, ja der am vergangenen Donnerstag final zu beschließenden Gebührensatzung sogar zugestimmt zu haben. „Aber wenn es schwierig wird, ist die CDU/Die Demokraten-Gruppe nicht mehr dabei“, resümierte Wegener. Nach seinen Worten hat die Fischwirtschaft längst Maßnahmen getroffen, um Gebührenlasten (etwa durch Vorreinigung ihrer Abwässer) abzumildern. Peter Altenburg („Die Cuxhavener“) ergänzte, es gehe darum, sich ehrlich zu machen. Die Gebührensätze zu drücken, um irgendwann nicht anders zu können, als massiv zu erhöhen, beschrieb er am vergangenen Donnerstag als einen „total unfairen“ Weg.

Das müssen Haushalte wissen

Die Gebühren für Restmüllbehälter werden zum Jahreswechsel um 17 % angehoben. Das entspricht 7,78 Euro pro Person (ca. 65 Cent im Monat). Bei der „braunen Tonne“ (Biomüllbehälter) steigt die Gebühr zum 01.01.2014 um 13 % oder 3,16 Euro pro Person. Das

entspricht ungefähr 26 Cent pro Kopf und Monat. Die Sielbenutzungsgebühr steigt von derzeit 3,48 Euro/m³ auf 3,93 Euro/m³. Im Bereich der Niederschlagswassergebühr fallen ab dem Jahreswechsel 0,62 Euro/m³ (bisher 0,55 Euro/m³) an.